

GEGENÖFFENTLICHKEIT IM INTERNET

INDYMEDIA.ORG

HELGA BÖHM

Als Google-Gesellschaftsmitglied muss man nicht mehr leibhaftig zu einer Demonstration gehen, um dabei gewesen zu sein. Man kann auch virtuell teilnehmen. Vom heimischen Schreibtisch aus ist man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit besser über die Geschehnisse vor Ort informiert als diejenigen, die sich im Demonstrationszug befinden. Möglich macht diese Art des Demonstrationserlebnisses das Nachrichtenportal Indymedia [1], das seit Jahren fester Bestandteil der linken Politszene ist.

Es entstand 1999 im Rahmen der Proteste gegen das WTO-Treffen in Seattle. Zum ersten Mal vernetzten sich politische Aktivisten, um über ein zentrales Ereignis zu berichten. Kurze Zeit danach entstanden IMCs (Independent Media Centers) auf der ganzen Welt. Mittlerweile gibt es über 140 lokale IMCs, die zusammen das größte linkspolitische Netzwerk der Welt bilden. Die deutschsprachige Version [2] ging im März 2001 anlässlich der Anti-Castor-Proteste in Gorleben an den Start.

Genauso wie die Zahl der lokalen Projekte ansteigt, nimmt auch die Zahl der Indymedia-Nutzer(inne)n zu. Allein die deutschsprachige Seite wird täglich zwischen 15.000- und 20.000-mal besucht. Während großer Aktionen, wie dem G8-Gipfel in Genua, stieg die Zahl der Leser(inne)n nach Angaben von Indymedia auf über 30.000 pro Tag.

Das Selbstverständnis der Indymedia-Aktivisten

- Indymedia versteht sich als Sprachrohr, Informationsplattform und Kommunikationsraum der internationalen linken Bewegung.
- Indymedia ist der Versuch, die alternative Szene aus dem Dilemma zu befreien, immer spektakulärere und gewalttätigere Aktionen liefern zu müssen, um von der Öffentlichkeit, sprich den kommerziellen Medien, wahrgenommen zu werden.
- Indymedia fördert den emanzipatorischen Umgang mit Informationen und Medien. Die Idee hinter Indymedia ist, Medienkonsument(inn)en die Möglichkeit zu bieten, Medienproduzent(inn)en zu werden.

- Indymedia will zur Objektivität beitragen, indem es den etablierten Medien eine Berichterstattung »von unten« entgegen stellt, bzw. über Ereignisse berichtet, die von diesen übergangen werden.
- Indymedia verfolgt keine kommerziellen Ziele, veröffentlicht keine Werbung und publiziert unabhängig von der Zahl der Besuche. Indymedia finanziert sich ausschließlich aus Spenden.

Alle Indymedia-Aktivist(inn)en arbeiten ehrenamtlich. Es gibt weder Mitgliedschaften noch Hierarchien. Alle, die sich einbringen, sind gleichberechtigt Indymedia. Indem jede und jeder über das Formular: »Veröffentliche deinen Beitrag« zu einem Thema publizieren kann, wird der Anspruch des Open Postings erfüllt. Ein rotierendes Moderationskollektiv begleitet den Nachrichtenfluss. Es arbeitet mit von allen abgesegneten Moderationskriterien. Die Moderator(inn)en sortieren Beiträge in verschiedene Rubriken ein und sondern sexistische, rassistische, faschistische und antisemitische Beiträge aus.

Umstrittene Zensur

Die für ein offenes Forum ungewöhnliche Methode, diskriminierende Aussagen in ein nur auf Anfrage zugängliches Müllarchiv zu verschieben, wurde lange Zeit ausschließlich von deutschen Indymedia-Aktivist(inn)en angewandt und hat diesen harsche Kritik eingebracht. Sie entschlossen sich zu diesem Schritt bereits kurze Zeit nach der Gründung der deutschen Plattform, da diese zunehmend für die Veröffentlichung rassistischer und antisemitischer Inhalte missbraucht wurde. Ein von mir am 21.10.2004 interviewter Indymedia-Aktivist, der nicht namentlich genannt werden will, erklärt hierzu: »Auf den Europatreffen führte diese Praktik immer wieder zu den wildesten Diskussionen, aber irgendwann haben es die Leute eingesehen, [...] dass in Deutschland eben ein besonderes Problem mit faschistischen Postings vorliegt.«

Seitdem gibt es eine dreigeteilte Website: Auf der Startseite finden sich in erster Linie Nachrichten und selbst verfasste Beiträge, in der Rubrik »Open Posting« erscheinen Texte, Demo-Termine und Ähnliches. Alles, das politisch unkorrekt erscheint, wandert ins Müllarchiv.

Die Berichte auf Indymedia sind überwiegend im Duktus des »internationalen antikapitalistischen Widerstands« geschrieben. Dabei ist deutlich, dass alle Beiträge die subjektive Sicht der Verfasser(inne)n wiedergeben. Jeder Artikel kann per »Ergänzungsfunktion« kommentiert werden. Öfter gleiten die Diskussionen unter die Qualität des ursprünglichen Beitrags ab. Die Moderator(inn)en bemühen sich zwar um Übersicht-

lichkeit und verbannen Kommentare ohne direkten Bezug zum Thema auf das untere Ende der Seite. Doch manchmal scheinen sie überlastet zu sein.

Was chaotisch wirkt und manchmal auch ist, lehrt nach Auffassung einer Moderatorin, die nicht namentlich genannt werden will, die Leser(innen) vor allem eins: Jede Darstellung ist subjektiv. Es handelt sich immer um eine bestimmte Realität und Wahrnehmung, die geschildert wird. Nur ist das beim so genannten seriösen Journalismus nicht anders. »Oft schreiben die Journalisten der professionellen Medien eh nur ab, was Agenturen, Presseerklärungen oder Fernsehen ihnen liefern [...]« (Scheinschlag 2004), meinen die Indymedia-Aktivist(inn)en und das würde dann »Objektivität« genannt. »Die Reporter von IMC dagegen sind oft mitten im Geschehen«. Und das merke man dann ihren Beiträgen an, denn »es gibt Leute, die da sehr journalistisch herangehen, die als unabhängige Journalisten arbeiten. Und es gibt Leute, die ihre Arbeit in Bewegung selbst porträtieren. Für beides will Indymedia offen sein« (Scheinschlag 2004).

Wozu braucht die Welt Indymedia?

In erster Linie ist Indymedia ein alternatives Nachrichtenportal, das anregend und exklusiv informiert. Darüber hinaus ist es ein Forum, in dem politisch aktive Menschen Themen darstellen können, ohne auf die Gunst einer Redaktion angewiesen zu sein. Weiter handelt es sich um einen Raum, in dem rege diskutiert wird, Standpunkte ausgetauscht und Aktionen besprochen werden. Indymedia dient zur Vernetzung von Einzelpersonen und Gruppen.

Während größerer Demonstrationen begleitet Indymedia das Geschehen. Castor-Gegner halten sich in Gorleben damit auf dem neuesten Stand, wo der Zug gerade steckt, ob es gelungen ist den Transport auf der Strecke zu stoppen und wann er den Verladebahnhof erreichen wird.

Durch die schnelle Berichterstattung leistet Indymedia einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Staatsmacht unter direkte Beobachtung der Öffentlichkeit gerät. Welches Potenzial in Indymedia steckt, ungerechtfertigtes Vorgehen seitens der Polizei aufzuzeigen, hat das Netzwerk bereits bei seiner Auftaktaktion 1999 in Seattle bewiesen,

»[...] als sich an jenem regnerischem Dezemberabend die verantwortlichen Behörden der Presse stellten, um über die schweren Auseinandersetzungen während der WTO-Tagung vom Vormittag zu berichten, stritten die Einsatzleiter ab, dass Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt wurden. Sie ahnten

nicht, dass zur selben Zeit bereits Dutzende von Berichten, Bildern und Videoaufnahmen im weltweiten Datennetz das Gegenteil bewiesen« (*taz* 2004).

Wenn man möchte, kann man den Medienhype, der die linke Szene erfasst hat, mit der Neuverteilung der Beobachterposten in Zusammenhang bringen. Während in der vorvernetzten Zeit Demonstranten mit Aufnahmegeräten – egal welcher Art – gemieden und als Spitzel beschimpft wurden, gehören heute Digitalkameras, Camcorder oder zumindest ein Handy mit Fotofunktion zu der Minimalausstattung jeder verantwortungsbewussten DemonstrantIn.

Durch die Berichterstattung der Beteiligten ist Indymedia zunehmend Maßstab für etablierte Medien geworden: »Ein Beispiel sind die Polizeiausschreitungen in Genua anlässlich des G8-Gipfels 2001. Damals hatte einige Tage lang nur ein kleiner Kreis von alternativen Medien darüber berichtet, dass dort schreckliche Dinge passierten. Bis dann etablierte Medien daran einfach nicht mehr vorbeikamen und begannen ebenfalls zu berichten« (*Neues Deutschland* 2004).

Macht und Ohnmacht von Indymedia

Dass Indymedia genutzt und Berichte gelesen werden, beweist die Zahl der täglichen Besuche und die Flut der Kommentare, die die Moderator(inn)en täglich erhalten. Es hat auch noch nie an neuen Nachrichten gemangelt, obwohl es keine(n) einzige(n) festangestellte(n) Journalist(in) gibt. Offenbar gibt es Menschen, denen der Fortbestand von Indymedia wichtig ist und die dafür enthusiastisch arbeiten.

Dafür bekam Indymedia einen Preis der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wurde nominiert für den Grimme Online Award, und erlangte den Poldi Award, Preis für »praktizierte e-Democracy«, ausgeschrieben von politikdigital [3], einer parlamentsnahen Initiative für Bürgerbeteiligung.

Doch längst nicht alle sind begeistert von Indymedia. Während zur Verleihung des Poldi Awards die damalige Staatssekretärin im Innenministerium, Brigitte Zypries, Beifall klatschte, tat der Deutsche Verfassungsschutz seinen Dienst: Er beobachtete Indymedia, denn es handelt sich laut Verfassungsschutzbericht 2003 um eine »von Linksextremisten genutzte« Seite. Die italienische Berlusconi-Regierung ist auf Indymedia zumindest seit den Protesten in Genua 2001 sehr schlecht zu sprechen, und die italienischen Behörden ermitteln gegen Indymedia wegen »Unterstützung des Terrorismus«. Am 7. Oktober 2004 besuchte das FBI Indymedia, um einen der wichtigsten Server mitzunehmen. Zeitgleich kassierte die Polizei in London einen weiteren Server ein, was dazu führte,

dass die Indymedia-Seiten von über 20 Ländern lahm gelegt wurden. Der Grund für die gerichtliche Anordnung blieb für Indymedia zunächst unklar. »Da die Zwangsanordnung an Rackspace [den Provider, Anm. d. A.] und nicht an Indymedia gerichtet war, kennt Indymedia den Grund für diese Maßnahmen nicht« (Indymedia 2004). Tage später erklärte ein FBI-Sprecher, dass die Maßnahme auf Verlangen der Schweizer und der italienischen Justiz erfolgt sei. Die Behörden vermuteten auf den Servern die Fotos zweier Zivilfahnder, von deren Veröffentlichung sie nicht begeistert waren. Mein Interviewpartner von Indymedia erklärt sich das Ganze so: »Die wollten einfach mal den Rechner von innen angucken und dann hat jemand durchgerechnet was ist teurer, den Rechner hacken oder mitnehmen – dann haben sie ihn mitgenommen – war scheinbar billiger!«

Ist Indymedia Gegenöffentlichkeit?

Oder ist Indymedia vielmehr eine Bestätigung der »bürgerlich-liberalen Auffassung, Öffentlichkeit als allgemeine vernünftige Verhandlung sei gleichbedeutend mit Herrschaftsfreiheit, und dies sei in den politischen Formen der liberalen Demokratie gewährleistet« (Spehr 2002)? Indymedia-Aktivist(inn)en verorten sich als Teil der Gegenöffentlichkeit. Das kann man ihnen kaum absprechen, studiert man die Liste der Repressalien, denen Indymedia weltweit ausgesetzt war und ist. Indymedia scheint nicht nur nichtdemokratischen Staaten entschieden zu weit zu gehen. Auch unsere westlichen Demokratien sehen die Grenzen zulässigen Journalismus durch Indymedia weit überschritten und aktivieren ihren Staatsschutz. Wenn man Christoph Spehrs (2002) These folgt, dann rückt Indymedia umso weiter in den Bereich Gegenöffentlichkeit, je höher der Grad der Kriminalisierung ist: »Gegenöffentlichkeit beginnt mit der Erfahrung, sich mit seinem Anliegen in der vorfindlichen Öffentlichkeit [...] nicht frei äußern zu können [...], sie besteht in der Konsequenz, die Regeln dieser Öffentlichkeit brechen zu müssen, um wahrgenommen zu werden oder sich austauschen zu können.« Die Repressalien gegenüber Indymedia machen deutlich, dass freie Berichterstattung auch in den westlichen Demokratien keine Selbstverständlichkeit ist, sondern ein hart erkämpftes Recht, dass es zu verteidigen gilt.

Die Indymedia-Produzent(inn)en bezeichnen sich außerdem als Gegenöffentlichkeits-Aktivist(inn)en, weil sie sich für eine unabhängige Plattform engagieren. Kommerzielle Medien müssen marktorientiert agieren und die zu veröffentlichenden Themen im Hinblick auf Auflagestärke und Einschaltquoten aussuchen. Indymedia ist frei von solchen

Marktzwängen und kann deshalb auch Berichte über kleine Aktionen, regional begrenzte Projekte oder komplexe Hintergrundinformationen veröffentlichen.

Indymedia in der Google-Gesellschaft

Das Internet lässt vollkommen neue Formen der Wissensteilung zu. Menschen, die über Tausende von Kilometern entfernt an ihren Rechnern sitzen, kommen im Internet auf Grund ihrer gemeinsamen Interessen zusammen, unabhängig von Alter, Aussehen oder sozialem Status. Gleichgesinnte finden im Internet eine ideale Umgebung, um gemeinsam an einer Sache zu arbeiten. Dabei profitiert jeder vom Wissen des anderen. Im technischen Bereich ist das populärste Ergebnis dieser virtuellen Zusammenarbeit die Entwicklung von Linux. Warum sollte diese Arbeitsform nicht auch auf andere Felder der Wissenserzeugung übergreifen und ähnlich hervorragende Ergebnisse erzeugen. Für die politische linke Bewegung könnte dieser gemeinsame Arbeitsraum Indymedia sein.

Literatur

- Indymedia* (2004): »Das FBI beschlagnahmt IMC Server in Großbritannien«. [WWW-Dokument: <http://de.indymedia.org//2004/10/96036.shtml> - Zugriff: 14.02.2005].
- Lee, Felix (2004): »Die News Guerilla kämpft weiter«. In: *taz* [WWW-Dokument: www.taz.de/pt/2004/11/24/a0141.nf/text.ges,1 - Zugriff: 14.02.2005].
- Matzat, Lorenz (2004): »Der Hebel wird länger«. In: *Neues Deutschland*, 19.11.2004 [WWW-Dokument: <http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=63055&IDC=41&DB=Archiv> - Zugriff: 14.02.2005].
- Scheinschlag* (2004): »Mitten im Geschehen«. [WWW-Dokument: http://www.scheinschlagonline.de/archiv/2004/10_2004/texte/06.html - Zugriff: 14.02.2005].
- Spehr, Christoph (2002): »Gegenöffentlichkeit«. [WWW-Dokument: www.linksnet.de/artikel.php?id=709 - Zugriff: 14.02.2005].

Digitale Verweise

- [@1] www.indymedia.org
 [@2] <http://de.indymedia.org>
 [@3] www.politik-digital.de